

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen**

**betreffend Folgeanfrage Dekarbonisierung der Beteiligungen der öffentlichen  
Hand gemäß NEKP**

Gemäß Artikel 3 der EU Verordnung EU 2018/1999 war die Republik Österreich verpflichtet, bis Ende 2019 einen nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorzulegen, welcher unter anderem die österreichischen energie- und klimapolitischen Ziele im Kontext europäischer Vorgaben beschreibt und darstellt, wie diese erreicht werden sollen.

Der vorgelegte NEKP beinhaltet des weiteren in Abschnitt A Punkt 3.1 das Vorhaben *"bis 31.12.2020 eine Strategie zur Ausrichtung der öffentlichen Beteiligungen des Bundes auf die langfristigen Zielvorgaben des Pariser Übereinkommens"* fertigzustellen. Außerdem soll in diesem Zusammenhang insbesondere darauf geachtet werden, dass im Zuge des integrierten nationalen Energie- und Klimaplanes für Österreich die schrittweise Ausrichtung auf die Klima- und Energieziele sichergestellt, und kostenintensive Lock-in-Effekte und/oder Stranded Investments vermieden werden.

Allerdings ergab die Anfragebeantwortungen 3898/AB und 3899/AB, dass diese Strategie ausständig ist und es wurde kein konkreter Termin für eine Fertigstellung genannt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## **Anfrage:**

1. Wie gestaltet sich der in der Anfragebeantwortung 3899/AB beschriebene interministerielle Austausch?
  - a. Welche und wie viele physische und virtuelle Treffen haben hierzu bisher seit Regierungsantritt stattgefunden?
  - b. Welche Rolle nehmen hier BMF und BMK ein?
2. Anfragebeantwortung 3899/AB spricht im zweiten Schritt von einer Fertigstellung "bundesweiten Zusammenfassung der Dekarbonisierungsbeiträge der Beteiligungen der öffentlichen Hand" im Halbjahr 2021.
  - a. Was soll hiervon umfasst sein?
  - b. Welche Unternehmen wird diese Zusammenfassung umfassen?
3. Anfragebeantwortung 3899/AB besagt, dass es kaum Sanktions- oder Kontrollmechanismen gibt, um zu gewährleisten, dass die Unternehmen an denen die Republik beteiligt ist, tatsächlich Maßnahmen zur Dekarbonisierung setzen.

- a. Ist bei unzureichender Dekarbonisierung ein Rückzug der Republik Österreich aus derartigen Unternehmen geplant?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
4. Anfragebeatwortung 3899/AB besagt, dass "Erste Gespräche bzw. Rückmeldungen zeigen, dass einige Unternehmen im Beteiligungsportfolio zum Teil bereits an konkreten Dekarbonisierungsstrategien" arbeiten.
- a. Wie viele Unternehmen mit Beteiligungen der Republik (im Zuständigkeitsbereich des BMF) erarbeiten derartige Strategien?
  - b. Inwiefern wird das BMF sicherstellen, dass diese Strategien tatsächlich eine Dekarbonisierung gewährleisten und es sich nicht um Greenwashing handelt?
  - c. Werden diese Unternehmenstrategien von unabhängigen Stellen kontrolliert werden, um zu gewährleisten, dass die Republik Österreich an keinen Unternehmen beteiligt ist, welche die Klimaziele nicht einhalten können?

*Philipp*  
STETZ

*(BRANDSTEN)*

*Künzler*  
(KÜNSBERG)

*Silke*

*Low*

